



Vorlage Stadtparlament

vom 17. Dezember 2013

Nr. 1247

Stadtparlament: Einfache Anfragen

Einfache Anfrage Monika Simmler, Pascal Kübli: Familien entlasten – Keine Abschaffung der Kindermehrfahrtenkarte bei der VBSG!; Beantwortung

Am 4. November 2013 reichten Monika Simmler und Pascal Kübli die beiliegende Einfache Anfrage betreffend " Familien entlasten – Keine Abschaffung der Kindermehrfahrtenkarte bei der VBSG! " ; " ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

1 Ausgangslage

Mit der Einführung des integralen Tarifverbundes Ostwind (OTV) hat die Stadt St.Gallen die *Tarifhoheit an diesen abgegeben*. Im Ostwind stehen die VBSG bei der Einnahmenverteilung einer grossen Mehrheit von regionalen Konzessionierten Transport - Unternehmungen KTU gegenüber, welche relativ wenige Personen über längere Distanzen befördern und damit andere Interessen haben, als die VBSG als städtische Transportunternehmung. Der Stadtrat hat im Zusammenhang mit der Vorlage zur Verselbständigung der VBSG mehrfach darauf hingewiesen, dass die VBSG (und damit die Interessen der Stadt) zu wenig berücksichtigt werden und die VBSG allein nicht über den Einfluss verfügt, sich in diesem Umfeld durchzusetzen.

Der Stadtrat bedauert die Verteuerung der Mehrfahrtenkarte (MFK) für Kinder. Er ist mit dieser Massnahme *nicht einverstanden* und hat sich im Laufe der Vernehmlassung der Tarifmassnahmen über die VBSG auch entsprechend geäussert. Allerdings muss auch festgehalten werden, dass der Tarifverbund Ostwind mit dieser Massnahme lediglich den schweizerischen Standard in Bezug auf die Kinderrabattierung übernimmt.



2 Zu den einzelnen Fragen

Frage 1:

Die Tarifmassnahmen sind längst beschlossen und werden auf den Fahrplanwechsel umgesetzt. Der Stadtrat erachtet es als chancenlos, die Kinder-MFK zu einem späteren Zeitpunkt wieder einführen zu können.

Im Gegenteil kämpft der Stadtrat derzeit auf allen Ebenen, um weitere Tarifmassnahmen, wiederum mit *substanziellen Verschlechterungen zulasten der Hauptstadt*, zu verhindern. So plant der Tarifverbund, die Zentrumszone aufzuteilen und zu verteuern sowie den Kurzstreckentarif generell abzuschaffen. Obwohl sich insbesondere die VBSG im Namen der Stadt St.Gallen immer wieder gegen solche Massnahmen zur Wehr gesetzt haben, beantragen nun Geschäftsstelle und Verwaltung des Ostwindes, entsprechende Massnahmen zu prüfen und einzuführen.

Der Stadtrat hat in diesem Zusammenhang die Kantonsregierung sowie alle betroffenen Gemeinden kontaktiert und eindringlich aufgefordert, die vorgesehenen strukturellen Tarifmassnahmen geschlossen abzulehnen und den Vorschlägen, welche an den Bedürfnissen der Kundinnen und Kunden vorbei zielen, unerwünschte Umverteilungswirkungen zeigen und der Förderung des öffentlichen Verkehrs entgegenwirken, Einhalt zu gebieten.

Frage 2:

Die einzige Möglichkeit, die sich der Stadt bietet, wäre der Verkauf der Kinder-MFK zum alten Preis an Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt. Die Preisdifferenz müsste dann an den Ostwind abgeliefert werden. Der administrative Aufwand dafür, namentlich müsste bei jedem Billettverkauf eine Wohnortüberprüfung durchgeführt werden, steht allerdings in keinem Verhältnis zu den zu erwartenden Kosten, welche *vollumfänglich durch die Stadtkasse getragen* werden müssten.

Frage 3:

Das kantonale Volksschulgesetz verpflichtet die Schulgemeinden, für den Transport von Schülerinnen und Schülern mit unzumutbarem Schulweg zu sorgen. Aktuell kommen rund 160 Kinder in den Genuss eines kostenlosen Schüler-Abonnements, da ihr Schulweg nicht zumutbar ist. Zudem werden Schulbusse für nicht zumutbare Kindergartenwege betrieben. Dank dieses Systems ist sichergestellt, dass der Schulweg oder der Kindergartenweg die Eltern finanziell nicht belastet. Im begleiteten Freizeitverkehr fahren die Kinder mit Junior- oder Grosselternkarte gratis. Für Fahrten während des Unterrichts haben VBSG und Ostwind mit der Direktion Schule und Sport eine Spezial-Gruppentarifierung vereinbart, die sich bestens eingespielt hat.



Tatsächlich teurer wird also nur der *unbegleitete Freizeitverkehr* der Kinder und auch dies nur für jene Kinder, die über kein (für Kinder und Jugendliche erheblich vergünstigtes) Abonnement verfügen.

Aus diesem Grund kann sich der Stadtrat keine Massnahme vorstellen, die den Freizeitverkehr für Kinder weiter vergünstigen würde, als dies schweizweit der Fall ist. Allfällige Massnahmen müssten zu 100 % von den St.Galler Steuerzahlenden übernommen werden. Wir verweisen diesbezüglich auf die Ausführungen des Stadtrates zur Initiative Gratis-öV für unter 25jährige vom 17. Juni 2012.

Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Einfache Anfrage vom 4. November 2013

